

Kaiser will Dorfschulen erhalten

Potsdam (hk) Die Kommunen sollen künftig mitentscheiden können, ob sie eine Schule vor Ort unterhalten wollen. Das forderte die Linkspartei-Fraktionschefin im Landtag Kerstin Kaiser gestern auf einer Konferenz zur "Daseinsvorsorge in Brandenburg" in Potsdam. Dazu müsste die gesetzliche Grundlage im Land verändert werden. "Was vor Ort zur Wirkung kommt, sollte auch dort weitestgehend entschieden werden", sagte sie.

Derzeit sei es so, dass das Land die Personalhoheit über die Schulen habe und damit über die Weiterführung oder Schließung von Schulen entscheide. Weil das Land in Storkow (Oder-Spree) auch zwei Lehrerstellen gekürzt habe, konnte die deutsch-polnische Gymnasialklasse dort nicht weitergeführt werden, nannte sie als Beispiel. "Auf diese zentralistische Weise dürfen keine Schulen mehr geschlossen werden", sagte Kaiser.

Sie forderte für den ländlichen Raum "wirklichkeitsnahe Schulkonzepte". Möglichst viele Dorfschulen gelte es zu erhalten. Dort, wo es nicht möglich sei, sollten die Immobilien, die mit viel Geld der Kommunen instand gesetzt wurden, als Dorfzentren erhalten werden. Sie räumte ein, dass auch die Linke nicht auf alle Fragen eine Antwort habe. Ihre Partei wolle jedoch mit ihren Vorschlägen zu einer Diskussion anregen.

Quelle: Märkische Oderzeitung vom 22.09.2007

Seite 14

Ressort Brandenburg

Quellrubrik ANZEIGE